

# Wochenblatt

für

Pulsnitz, Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

## Amtsblatt

der Königlichen Gerichtsbehörden und der städtischen Behörden zu Pulsnitz und Königsbrück.

No. 12.

Mittwoch, den 10. Februar.

1864.

Dieses Blatt erscheint Mittwochs und Sonnabends. — Preis vierteljährlich 10 Ngr. — Zu beziehen durch alle Postanstalten. — Inserate 2c., welche die gespaltene Corpus Zeile, oder deren Raum, mit 1 Neugroschen berechnet werden, sind in Pulsnitz spätestens bis Montags und Donnerstags Abends 8 Uhr einzusenden. — Expeditionen sind: In Pulsnitz beim Herausgeber, in Königsbrück bei Herrn Kaufmann Andreas Grahl, in Radeberg bei Herrn Kaufmann Friedrich Gärtner und in Radeburg bei Herrn Buchbindermeister Carl Günther.

### Zeitereignisse.

Dresden, 3. Febr. Das „Dr. Jour.“ vom 3. enthält einen beachtenswerthen Artikel über die Besorgnisse, welche sich mehrfach an den neuesten Standpunkt der schleswig-holsteinschen Angelegenheit, und an das eigenmächtige Auftreten Oesterreichs und Preußens geknüpft haben. Das „Dr. J.“ ist der Ansicht, daß dieses Auftreten doch nicht habe behindert werden können und bemerkt, daß wenigstens durch den vom Bunde gestatteten Durchmarsch nicht nachträglich oder indirect die Besetzung Schleswigs durch Oesterreich und Preußen Seiten des Bundes sanctionirt worden sei. Außerdem hofft das „Dr. J.“, daß Preußen und Oesterreich, wenn nur das deutsche Volk auch ferner die übrigen Staaten vertrauend unterstütze, der schließlich vom Bunde getroffenen Entscheidung sich zu widersetzen kaum in der Lage sein würden. Besonders heben wir noch folgende Stelle des Artikels hervor: „Wir halten die Begeisterung des Volkes in allen Ehren und vindiciren ihr einen großen Einfluß auf die glückliche Lösung der Herzogthümerangelegenheit, glauben aber fest, daß sie nur durch ihr anhaltendes moralisches Gewicht nützen kann und bei einem feindlichen Zusammenstoße zwischen den deutschen Großmächten einer, den übrigen Bundesstaaten andererseits die Kluft nicht auszufüllen vermöchte, welche in den beiderseitigen Machtverhältnissen begründet liegt. Aber abgesehen davon, sollte man doch in Deutschland überall vor dem Gedanken eines deutschen Bürgerkrieges zurückschaudern und sich von der Einsicht durchdringen lassen, daß unter allen Gefahren, von denen Deutschlands Macht, Ehre und Interessen bedroht sein mögen, die gegenseitige innere Zerrüttung der deutschen Macht das größte Uebel ist. Es würde nach aller menschlichen Voraussicht bei Eintritt eines solchen schrecklichen Falles nicht nur jedes deutsche Recht in Bezug auf die Herzogthümer verloren gehen, sondern das Ausland würde eine „Revision“ Deutschlands veranstalten, daß denen, die jetzt so gleichmüthig von innerm Kriege sprechen, die Augen übergehen möchten.“

— 5. Febr. Die Erste Kammer ist heute den Anträgen der 2. in Betreff Schleswig-Holsteins allenthalben beigetreten. Der Minister v. Beust gedachte mit Freude und Genugthuung der glänzenden Waffenthaten der österreich-preussischen Truppen in Schleswig. Daran nicht theilgenommen zu haben, sei für die

sächsischen Truppen ein schmerzliches Opfer, welches aber durch die von Sachsen vertretene Sache erheischt werde. Hätten am 14. Januar alle Bundesregierungen gestimmt wie Sachsen, so würden die sächsischen Truppen jetzt als Avantgarde in Schleswig stehen. Die kriegerischen Operationen nützten dem Ganzen durch Befreiung der Bevölkerung und Vertreibung der Dänen. Nichtsdestoweniger sei das Festhalten des rechtlichen Standpunktes unerläßlich. Eine Annäherung zwischen der Bundesmajorität und den beiden Großmächten sei unmöglich, so lange die letztern an dem Londoner Protocolle festhalten. Für den deutschen Bund beginne jetzt eine große Aufgabe: wenn die Regierungen sie begriffen und die öffentliche Meinung die Regierungen unterstützte, werde der Bund sie durchführen. — Oberhofprediger D. Lieber und Superintendent D. Lechler sprachen heute auch für Schleswig-Holstein. — Aus dem Deputationsbericht heben wir folgende Stelle hervor: „Es werde in auswärtigen Blättern sehr häufig die Ansicht aufgestellt und sei auch noch in den jüngsten Tagen bei Gelegenheit der Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus wiederholt die Behauptung ausgesprochen worden, daß die in Deutschland sich kundgebende Bewegung für die Rechte der Herzogthümer und die Aufrechthaltung der legitimen Erbfolge lediglich von der Demokratie angefaßt und in der Absicht, sie zu selbstüchtigen Zwecken auszubeuten, unterhalten werde. Wenn derartige Behauptungen immer wieder gehört würden, so erscheine es in der That nothwendig, durch das Votum einer I. Kammer, deren Mitglieder durchgängig conservative Gesinnungen hegen und die um dieser ihrer festbegründeten Ueberzeugung willen früher von der demokratischen Partei auf das Heftigste angefeindet worden sei, wiederholt Zeugniß abzulegen, daß, wo es sich um die Vertheidigung des Rechtes handele, alle Parteien einig seien und daß conservativ gesinnte Männer Machtprüche der Europa beherrschenden Pentarchie, vermöge deren wohlervorbene Rechtsansprüche mit Füßen getreten werden, nimmermehr billigen können.“

— Die „D. N.“ schreiben: „Wir hatten gestern Gelegenheit, einen sächsischen Corporal zu sprechen, welcher einen Gefangenen nach Dresden transportirt hatte und sich wieder nach Rendsburg zurückbegab. Er sagte uns, daß die sächsischen Soldaten sich dort den Umständen nach wohlbefänden und auf ei-